

Inhaltsverzeichnis

1 Grundlagen des Stadtstaates Berlin	1
I. Einleitung	1
II. Die Stellung Berlins im Staatsaufbau	2
1. Berlin als Land der Bundesrepublik Deutschland	2
2. Vorgaben aus Art. 28 GG für die innere Organisation der Länder	3
3. Unterscheidung zwischen Flächenländern und Stadtstaaten	3
III. Berlin als Stadtstaat	4
1. Begriffsbestimmung	4
2. Berlin als Stadtstaat im weiteren und im engeren Sinne	4
3. Verwirklichung der Vorgaben des Art. 28 GG in Berlin	5
IV. Die Stellung der Bezirke im Stadtstaat Berlin	5
1. Konstituierung der Bezirksebene durch die Verfassung von Berlin	5
2. Aufgaben der Bezirke und Selbstständigkeit der Aufgabenerledigung	6
V. Die Berliner Verwaltung im geschichtlichen Überblick	7
1. Zweckverband und Groß-Berlin	7
2. Nationalsozialismus	8
3. Entwicklung nach 1945 – Entstehung des Stadtstaats Berlin	8
4. Verwaltungsreformen	9
VI. Berlin und Brandenburg	10
1. Gescheiterte Fusionsbemühungen	10
2. Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg	11
2 Die Rechtsstellung der Bezirke	19
I. Keine Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	19
1. Die Unanwendbarkeit von Art. 28 Abs. 2 GG auf die Bezirke	19
2. Recht auf bezirkliche Selbstverwaltung?	20
II. Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	22
1. Allgemeines	22
2. Die institutionelle Rechtssubjektsgarantie	22
3. Die objektive Rechtsinstitutionsgarantie	22
a) „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“	23
b) Eigenverantwortlichkeit	24

4. Die subjektive Rechtsstellungsgarantie	24
5. Die Gewährleistung demokratischer Legitimation.	25
III. Die Rechtsstellung der Bezirke im Einzelnen	25
1. Institutionelle Rechtssubjektsgarantie und Bezirke	25
2. Objektive Rechtsinstitutionsgarantie und Bezirke	26
a) Fehlende Allzuständigkeit der Bezirke	26
b) Fehlende Eigenverantwortlichkeit der Bezirke	27
c) Die bezirkliche Rechtsstellung am Maßstab der Gemeindehoheiten	29
3. Subjektive Rechtsstellungsgarantie und Bezirke	32
4. Gewährleistung demokratischer Legitimation auf Bezirksebene	33
IV. Zusammenfassung	33
3 Der Aufbau der Berliner Verwaltung	39
I. Grundlagen – Verwaltungsträger	39
1. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	39
2. Die Körperschaften des öffentlichen Rechts	40
3. Die Anstalten des öffentlichen Rechts	40
4. Die öffentlich-rechtlichen Stiftungen.	40
II. Der Verwaltungsaufbau in den Flächenstaaten	41
1. Die unmittelbare Landesverwaltung	41
a) Die Oberstufe.	41
b) Die Mittelstufe.	41
c) Die Unterstufe	41
2. Die mittelbare Landesverwaltung	42
III. Der Verwaltungsaufbau in Berlin.	42
1. Überblick	42
2. Zweistufiger Aufbau der unmittelbaren Landesverwaltung.	43
a) Die Hauptverwaltung	44
b) Die Bezirksverwaltung.	46
3. Mittelbare Landesverwaltung.	47
IV. Insbesondere: Der Senat	48
1. Die Rechtsstellung des Senats und seine Befugnisse.	48
2. Der Regierende Bürgermeister.	49
3. Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters und die Ernennung der übrigen Senatsmitglieder	50
4. Die Amtszeit der Senatsmitglieder und der Misstrauensantrag	51
4 Die Aufgabenverteilung	55
I. Die Aufgabenverteilung in den Flächenländern	55
1. Grundlagen.	55
2. Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden	56
3. Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis.	57

II.	Die Aufgabenverteilung in Berlin	58
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen.....	58
2.	Die Zuständigkeitsgesetze	60
a)	Der allgemeine Zuständigkeitskatalog (ZustKatAZG)	62
b)	Der Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben (ZustKatOrd).....	62
c)	Die Zuständigkeit für Ordnungswidrigkeiten (OWi-ZustV)	64
d)	Neue bundesrechtliche Aufgaben (§ 5 AZG).....	65
e)	Wahrnehmung von Aufgaben weggefallener Behörden	65
3.	Regionalisierung	66
4.	Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg bei der Raumordnung ...	67
5.	Die Zuständigkeiten für Widerspruchsbescheide.....	68
a)	Entbehrlichkeit eines Vorverfahrens.....	68
b)	Zuständigkeiten	70
III.	Die Vertretung des Landes Berlin	75
1.	Die Vertretung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten.....	75
2.	Die Vertretung in zivilrechtlichen Angelegenheiten.....	77
3.	Die Vertretung der mittelbaren Landesverwaltung.....	78
IV.	Der Erlass von Verwaltungsvorschriften	78
1.	Allgemeines	78
2.	Die Befugnis zum Erlass von Verwaltungsvorschriften.....	79
V.	Insbesondere: Die Bauleitplanung nach dem AGBauGB	81
1.	Grundzüge der Regelung in den Flächenländern.....	82
2.	Zuständigkeiten für die Bauleitplanung in Berlin	82
a)	Der Grundsatz bezirklicher Zuständigkeit.....	82
b)	Die Zuständigkeit der Hauptverwaltung in besonderen Fällen	83
3.	Das Verfahren zum Erlass von Bebauungsplänen	85
a)	Bezirkliche Bebauungspläne	85
b)	Bebauungspläne der Hauptverwaltung	86
4.	Die Rechtsform von Bebauungsplänen in Berlin.....	87
5.	Die Rechtsstellung und der Rechtsschutz der Bezirke.....	87
5	Wichtige Verfahrensvorschriften	95
I.	Das Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung.....	95
II.	Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)	97
1.	Der Informationsanspruch	97
2.	Begrenzungen des Informationsanspruchs.....	99
III.	Das Akteneinsichtsrecht der Abgeordneten	101
IV.	Direkte Demokratie	103
1.	Allgemeines	103
2.	Volksbegehren und Volksentscheid – Dreistufiges Verfahren	103

6 Die Aufsicht	107
I. Die Aufsicht in den Flächenländern	107
1. Die Aufsicht über die Kommunen als Teil der staatlichen Aufsicht	107
2. Die Unterscheidung von Rechts- und Fachaufsicht	107
3. Die Rechtsaufsicht	109
4. Die Fachaufsicht	110
II. Die Aufsicht in Berlin	111
1. Die Aufsicht innerhalb von Haupt- und Bezirksverwaltung	111
2. Die Aufsicht gegenüber den Bezirken	112
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	112
b) Bezirksaufsicht	114
c) Das Eingriffsrecht	117
d) Dienstaufsicht	125
3. Die Staatsaufsicht	126
7 Die Bezirksverfassung	155
I. Die Kommunalverfassungen in den Flächenländern	155
1. Die süddeutsche Ratsverfassung	156
2. Die norddeutsche Ratsverfassung	156
3. Die Bürgermeisterverfassung	156
4. Die Magistratsverfassung	157
II. Die Einordnung der Bezirksverfassung	157
1. Grundlegende Organisationsnormen in der Verfassung von Berlin	157
2. Einordnung als unechte Magistratsverfassung	158
III. Die Bezirksverordnetenversammlung	158
1. Die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung	159
2. Die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung	161
3. Die Geschäftsordnung	162
4. Die Organe der Bezirksverordnetenversammlung	163
a) Der Bezirksverordnetenvorsteher und der Vorstand	164
b) Der Ältestenrat	165
c) Die Ausschüsse	165
d) Die Fraktionen	167
5. Die Zuständigkeiten der Bezirksverordnetenversammlung	168
a) Bestimmung der Grundlinien der Verwaltungspolitik des Bezirks	169
b) Empfehlungen und Ersuchen	169
c) Entscheidungsbefugnisse	171
d) Wahlrechte	173
6. Beanstandung von Beschlüssen	173
IV. Das Bezirksamt	174
1. Die Wahl und Abwahl der Bezirksamtsmitglieder	175
a) Verfassungsentscheidung gegen das politische Bezirksamt	176

b) Das Wahlverfahren im Einzelnen	177
c) Die Abwahl von Bezirksamtsmitgliedern	178
2. Die Rechtsstellung der Bezirksamtsmitglieder	179
3. Die Aufgaben des Bezirksamts und das Beanstandungsverfahren	180
4. Organisation der Bezirksverwaltung und die Verwaltungsreform	182
a) Verwaltungsreform	182
b) Einzelne Organisationseinheiten	184
V. Der Rat der Bürgermeister	185
VI. Mitwirkung der Einwohnerschaft – Bürgerbegehren	186
8 Rechtsschutz der Bezirke	205
I. Der Rechtsschutz in den Flächenländern	205
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	205
2. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	206
a) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Rechtsaufsicht	207
b) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Fachaufsicht	207
3. Der Kommunalverfassungsstreit	208
II. Rechtsschutz der Bezirke, Bezirksverfassungsstreit	208
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz der Bezirke	208
a) Keine Verfassungsbeschwerde für die Bezirke	208
b) Keine Beteiligtenfähigkeit der Bezirke im Organstreitverfahren	210
c) Die Normenkontrolle der Zuständigkeitsabgrenzung	210
2. Das Bezirksverfassungsstreitverfahren	211
a) Verwaltungsrechtsweg	212
b) Statthafte Klageart	213
c) Klagebefugnis	213
d) Beteiligtenfähigkeit	215
3. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz der Bezirke	215
a) Der Meinungsstand hinsichtlich eines bezirklichen Klagerechts	215
b) Beschränktes bezirkliches Klagerecht als Lösung	217
c) Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Bezirksaufsicht	219
d) Rechtsschutz gegen das Eingriffsrecht	222
9 Die Einnahmewirtschaft	225
I. Allgemeines	225
II. Grundbegriffe der Einnahmewirtschaft	226
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen	227
1. Konnexitätsprinzip und Recht auf angemessene Finanzausstattung	227
2. Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich der Abgaben	227
3. Ertragshoheit von Ländern und Kommunen	228
4. Verwaltungshoheit von Ländern und Kommunen	229
IV. Die Grundzüge der kommunalen Einnahmewirtschaft	229
V. Die Einnahmewirtschaft in Berlin	231

1. Einnahmewirtschaft und Verfassung von Berlin	231
2. Gesetzgebungskompetenz und Abgabenhoheit	231
3. Ertragshoheit	232
4. Finanzverwaltung und Rechtswegfragen	233
5. Die Stellung der Bezirke in der Einnahmewirtschaft.	234
10 Das Haushaltswesen	237
I. Die Rechtsquellen des Haushaltsrechts	237
1. Bundesrecht und Europarecht	237
2. Landesrecht und Ortsrecht	238
II. Grundsätze der Haushaltswirtschaft	239
1. Allgemeine Grundsätze	239
2. Haushaltskreislauf	240
III. Die Haushaltswirtschaft in den Flächenländern	240
IV. Die Haushaltswirtschaft in Berlin	241
1. Die Planungsphase bis zum Beschluss des Haushaltsgesetzes	241
a) Die Finanzplanung	241
b) Grundlegendes zum Haushaltsplan	241
c) Grundsätze der Haushaltswirtschaft.	242
d) Das Verfahren der Planaufstellung.	242
e) Die Stellung der Bezirke im Rahmen der Planaufstellung	243
f) Inhaltliche Vorgaben für den Haushaltsplan.	244
2. Der Vollzug des Haushaltsplans und Verwaltungsreform	246
3. Die Kontrolle des Haushaltsvollzugs	248
11 Die wirtschaftliche Betätigung	255
I. Grundlagen	255
1. Der Begriff der wirtschaftlichen Betätigung	255
2. Mögliche Organisationsformen wirtschaftlicher Betätigung	256
3. Schranken der wirtschaftlichen Betätigung	256
II. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen	257
1. Privatisierung versus Rekommunalisierung	257
2. Grundlagen wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen	258
3. Schranken der Kommunalwirtschaft	258
a) Geltung allgemeiner Schranken für die Kommunen	258
b) Kommunales Wirtschaftsrecht	259
4. Schranken der Rekommunalisierung	260
III. Die wirtschaftliche Betätigung Berlins	261
1. Die wirtschaftlichen Unternehmen Berlins	261
2. Schranken der wirtschaftlichen Betätigung Berlins	262
a) Verfassungsrecht	262
b) Das Kriterium des öffentlichen Zwecks	264
c) Die Bedeutung von § 65 LHO	266
d) Wettbewerbsrecht, Europarecht, Vergaberecht	267
3. Rechtsschutz privater Konkurrenten	268
4. Probleme der Rekommunalisierung in Berlin	270
5. Die Stellung der Bezirke bei der wirtschaftlichen Betätigung	271

12 Die öffentlichen Einrichtungen	281
I. Grundbegriffe	281
1. Der Begriff der öffentlichen Einrichtung	281
2. Die Widmung	282
II. Träger öffentlicher Einrichtungen	283
III. Das Nutzungsverhältnis zum Bürger	284
1. Der Nutzungsanspruch	284
2. Grenzen der Zulassung	286
3. Die Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses	287
IV. Der Anschluss- und Benutzungszwang	288
Literatur	305
Sachverzeichnis	311